

Informationen zum Atommüll-Endlager Schacht KONRAD

Schacht KONRAD ist ein stillgelegtes Erzbergwerk mitten im industriellen Herzen der Stahl-Stadt Salzgitter. Etwa 90% des Volumens der in der Bundesrepublik anfallenden radioaktiven Abfälle sollen nach KONRAD gebracht werden, feste oder verfestigte radioaktiver Abfälle mit „vernachlässigbarer Wärmeentwicklung“. Diese stammen zu 64% aus der Atomwirtschaft und zu 36% aus staatlichen Kernforschungseinrichtungen. „Der Anteil der medizinischen radioaktiven Abfälle für Schacht Konrad wird voraussichtlich im Promille-Bereich liegen.“ (Bundesregierung, Drucksache 16/5379). Immerhin dürfen verteilt auf die 303.000 m³ Atommüll, die bis 2080 in Deutschland anfallen sollen, auch 865 kg Plutonium enthalten sein.



In unmittelbarer Nähe von KONRAD befinden sich hochwertige landwirtschaftliche Flächen.

Zeittafel

1965 - 1976 Bergbau Der Eisenerzabbau in KONRAD steht von Beginn an unter hohem Kosten- und Rationalisierungsdruck und wird im Oktober 1976 nach nur 10 ½ Betriebsjahren wieder eingestellt. Der Betriebsrat schlägt vor, das Bergwerk für andere Aufgaben zu nutzen, z.B. die Lagerung von Problemabfällen.

1976 - 1982 Erkundung Untersuchung von Schacht KONRAD auf Eignung als Endlager für schwachaktive Abfälle und Großkomponenten aus dem Abriss von Atomkraftwerken.

1982 - 2002 Planfeststellungsverfahren

- **1982** 31.8.1982 Antrag auf Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens. Als Reaktion findet am 30.10.82 die mit rd. 12.000 TeilnehmerInnen bisher größte Demonstration gegen das Projekt statt.
- **85/86** Grundlegende Erweiterung des Planantrages. Kriterium für die Endlagerung soll nicht mehr die Dosisleistung sein ("schwach- und mittelaktiv"), sondern die Wärme. Das umgebende Wirtsgestein soll um nicht mehr als 3 Grad erwärmt werden. Damit könnten 90% des Volumens radioaktiver Abfälle in der BRD in KONRAD eingelagert werden.
- **1991** Der Bund erzwingt per Weisung die Auslegung der Planunterlagen, bundesweit werden 289.387 Einwendungen erhoben, die mit einem Treckerkorso am 13. Juli nach Hannover gebracht und der Niedersächsischen Umweltministerin Monika Griefahn übergeben werden.
- **92/93** Von September '92 - März '93 findet in einem 75tägigen Verhandlungsmarathon der Erörterungstermin statt. Zum Auftakt demonstrieren 7.000 Menschen gegen KONRAD.
- **98-00** Bundesumweltminister Trittin (Grüne) und Landesumweltminister Jüttner (SPD) betonen beide, dass sie Schacht KONRAD für ungeeignet halten, handeln aber nicht dementsprechend sondern fordern vom jeweils anderen, die notwendigen Schritte für eine Aufgabe des Projektes einzuleiten.
- **2000** Im Atomkonsens einigen sich die rot-grüne Bundesregierung und die Energiekonzerne darauf, Schacht KONRAD zügig zu genehmigen.

2002 - 2007 Genehmigung / Klagen

- **22. Mai 2002** Das Land genehmigt die Einlagerung von Atommüll in Schacht KONRAD.
- **6/02 - 4/07** Die Klagen einer Landwirtsfamilie wird vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg abgewiesen: „Es gäbe kein Recht auf Nachweltschutz“, so der Richter. Den betroffenen Gemeinden spricht er das Recht zu klagen gänzlich ab. Revision wird nicht zugelassen. Sowohl das Bundesverwaltungsgericht als auch das Bundesverfassungsgericht verweigern den Klägern rechtliches Gehör. Derzeit ist noch eine Beschwerde der Landwirtsfamilie vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anhängig. Seit April 2007 wird Schacht KONRAD zum Endlager ausgebaut.

So soll es weitergehen...

- **2007-2013, 2019, ...** Kompletter Umbau der Schachtanlage und Errichtung des Endlagers. Der im Jahre 2007 verkündete Beginn der Einlagerung Ende 2013 ist schon längst wieder überholt. Gegenwärtig ist von 2019 als Einlagerungsbeginn die Rede.
- Die Dauer der Einlagerung hängt von der Dauer des Weiterbetriebes der Atomanlagen ab, da nach KONRAD die Abrissabfälle der stillgelegten AKW verbracht werden sollen. Die wasserrechtliche Erlaubnis für die Einleitung der Abwässer in die Aue ist derzeit allerdings auf 40 Jahre begrenzt.

Kritik

- Die Genehmigung von KONRAD ist kein Resultat wissenschaftlicher Begutachtung sondern eines **politischen Deals**.
- Der **Langzeitsicherheitsnachweis** entspricht nicht dem heutigen Stand von Wissenschaft und Forschung. Dies betrifft z.B. die bei der Berechnung der Radionuklidausbreitung benutzte Programme sowie das Fehlen einer Abschätzung der Unsicherheit der gewonnenen Ergebnisse. Die den Berechnungen zugrunde liegenden Naturdaten sind unzureichend und lückenhaft.
- Der geplante Einlagerungsbetrieb ist mit erheblichen Risiken verbunden Da sich der Einlagerungsbereich im **direkten Umfeld des Stahlwerkes** mit seinen betrieblichen Abläufen befindet, ergeben sich aus diesem Zusammentreffen von industriellen Prozessen erhebliche Risiken für Unfälle im Einlagerungsbetrieb. Diese Risiken sind an einem Standort mit verdichteter Industrieproduktion nicht vermeidbar. Insofern fehlt im Plan nicht nur für die geologische Beschaffenheit, sondern auch für die spezifischen Betriebsrisiken die Abwägung von Standortalternativen.
- Auch im **Normalbetrieb** muss mit radioaktiven Belastungen gerechnet werden. Die **Bewetterung** des Bergwerkes führt zwangsläufig zu einer unkontrollierbaren Abgabe der radioaktiven Freisetzung in die Umgebung. Je nach Wetterlage erfolgt dabei eine mehr oder minder starke Verdünnung. Grundsätzlich gilt dass die in der Hauptwindrichtung in direkter Nachbarschaft gelegenen Industriebetriebe, wie das VW Werk, der größten Gefährdung ausgesetzt sind.
- Das **Abwasser** wird gesammelt und in die Aue eingeleitet. Die Gemeinde Vechelde hat in einem Gutachten zur Belastung der Aue als Entwässerungs-

träger des Schachtes Konrad ein erhebliches Gefahrenpotential für den Wasserpfad nachgewiesen, der auch Auswirkungen auf das Grundwasser haben kann.

- Bei **Unfällen während des Einlagerungsbetriebes**, dies gilt ganz besonders für den untertägigen Betrieb, ergeben sich erhebliche Risiken hinsichtlich der Freisetzung von radioaktiven Stoffen und deren Ausbreitung.
- Der Betrieb von KONRAD führt zwingend zu einer Anhäufung von **Atomtransporten** in der Region, deren Gefahrenpotenzial mit denen von Betriebsunfällen vergleichbar ist. Trotzdem sind die Transportrisiken aufgrund einer Bundesweisung aus dem Planfeststellungsverfahren ausgeklammert worden.
- Im Planfeststellungsbeschluss ist zwar festgelegt, dass nur Abfälle aus nationaler Nutzung in KONRAD eingelagert werden sollen. Tatsächlich ist zu fürchten, dass nach einer Inbetriebnahme mit Hilfe einer Änderungsgenehmigung auch radioaktive Abfälle zumindest aus dem **EU-Ausland** eingelagert werden. Dass diese Befürchtung nicht von der Hand zu weisen ist zeigt das Zwischenlager in Lubmin. In seiner Genehmigung war auch eine Beschränkung auf Müll aus Greifswald und Rheinsberg festgeschrieben, inzwischen darf es Müll aus der gesamten Republik aufnehmen.

Forderung

Angesichts der Erfahrungen mit ASSE II und Morsleben muss das Konzept der „wartungsfreien“, nicht rückholbaren Endlagerung grundsätzlich neu bewertet werden. Das Projekt Schacht KONRAD muss aufgegeben werden.



23. März 2006:
VW-Betriebsversammlung zieht zum Protest gegen Schacht KONRAD vor das Werkstor

Mehr Informationen

Internetseiten...

- KritikerInnen:
<http://www.ag-schacht-konrad.de>
- Betreiberin:
<http://www.bfs.de>

Unabhängige Organisationen...

Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.
Bleckenstedter Str. 14a | D-38239 Salzgitter
Tel.: +49(0)5341/900194 | Fax: +49(0)5341/900195
info@ag-schacht-konrad.de

... unterstützen

Neben der Mitarbeit bei den nebenstehenden Organisationen können Sie unsere kritische Arbeit zum Atommüll-Endlager auch durch eine Spende unterstützen:

Kontoinhaber: Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD
Kontonummer: 37 87 52 308
Bankleitzahl: 250 100 30
Kreditinstitut: Postbank Hannover